



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Die Parteibewegung der letzten Wochen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nun, ihr Speisen von zehnerlei Art!" und Alles, was sie befahl, kam sogleich herbei.

Als sie abgegessen hatten, nahm der Königssohn heimlich einen Löffel weg und steckte ihn in seinen Stiefel. Wie sie aber von der Tafel aufstanden, rief die Hauswirthin zu seinem großen Schrecken: „Sage mir, Tisch, ob du dein ganzes Tischzeug hast?“ Der antwortete: „ja!“ „Sagt mir, ihr Löffel, ob ihr noch alle da seid!“ Die aber sagten: „ja, bis auf einen!“ und dieser rief: „ich stecke in dem Stiefel des Gastes.“ Die Wirthin aber that, als habe sie es nicht gehört, und fragte abermals: „hört, ihr Löffel, seid ihr noch alle da?“ Da warf der Prinz den Löffel heimlich weg und wurde dabei ganz roth. Sie aber rief: „warum wirst du denn roth? ich habe wohl gemerkt, was du gethan hast, doch du brauchst dich nicht zu fürchten; denn ich bin deine Frau, und so und so ist es mir ergangen.“

Da herzten und küßten sie sich, und jedes erzählte dem andern Alles, was sich mit ihm seit ihrer Trennung zugetragen. Darauf befahl die Königin ihrem ganzen Schlosse, sich nach der Hauptstadt ihres Gemahles auf den Weg zu machen, und sogleich fing das an, nach jener Gegend hinzurücken. Als die Leute in der Stadt hörten, daß ein großes Schloß herzuwandere, liefen sie Alle heraus, um dies mit anzusehn, und als dasselbe endlich stille stand und der Königssohn mit seiner verlorenen Gemahlin heraustrat, entstand ein ungeheurer Jubel, und sogleich begannen große Festlichkeiten, um ihre Rückkehr zu feiern. Der Königssohn aber ließ die beiden Schwestern seiner Frau kommen und hieb sie mit eigener Hand in Stücke und lebte von nun an glücklich und zufrieden mit seiner Frau.

Die Parteibewegung der letzten Wochen.

Das Verbot der Wochenschrift des Nationalvereins und der Süddeutschen Zeitung in Preußen hat, wie viel man auch von der Energie des gegenwärtigen Ministeriums erwarten konnte, doch ungewöhnliches Aufsehn hervorgebracht. Die Wochenschrift des Nationalvereins ist die Zeitschrift, welche von den Gegnern Preußens in Deutschland seit dem Tage ihres ersten Erscheinens als feindlich betrachtet und als ein Blatt der preussischen Partei bespottet worden ist; die

Süddeutsche Zeitung ist von Mitgliedern der preussischen Partei gegründet, um den österreichischen Tendenzen der Augsburger Allgemeinen in Bayern, Schwaben und am Main entgegenzuarbeiten, sie hat, vortrefflich redigirt, auf sehr schwierigem Terrain sich Geltung erworben und ihren Kampf tapfer und nicht ohne Erfolg fortgeführt. Allerdings haben beide Blätter die Politik des Ministeriums Bismarck nicht für eine dem preussischen Staat heilbringende gehalten, aber diesen Standpunkt theilen sie mit jedem nicht preussischen Blatte in Europa und mit der weit überwiegenden Mehrheit der preussischen Zeitungen. Das Ministerium müßte, um consequent zu sein, wenn es seine Gegner in der Presse durch administrative Machtmittel, statt durch Gründe und Thaten widerlegen will, die gesammte Presse Europas für Preußen verbieten, oder richtiger gesagt, es dürfte jede andere Zeitung eher verbieten, als gerade diese beiden.

Aber die Opposition dieser Blätter war besonders eifrig und hat deshalb mehr als der Widerspruch anderer Zeitungen gereizt! Sicher ist die Kritik eines unzufriedenen und tief verletzten Freundes empfindlicher, als der gleichgiltige oder schadenfrohe Tadel von Fremden und Feinden. Denn was österreichische Blätter oder gar die großen englischen Zeitungen über das herrschende System Preußens gesagt haben, übertrifft doch bei weitem den schärfsten Angriff der beiden Gehehnten. Das Ministerium setzt sich deshalb durch dies Verbot der Deutung aus, als ob es in diesen Organen der Presse einen Act persönlichen Unwillens gegen politische Parteien geübt habe, mit denen es in seinem eigenen Abgeordnetenhaufe unwillkommene Conflicte zu bestehen hat. Einen solchen Vorwurf soll keine Regierung von Selbstgefühl auf sich laden.

Aber die Regierung hat sich durch dies Verbot noch einer ärgeren Mißdeutung ausgesetzt. Es ist wahr, die beiden Zeitungen haben die gegenwärtige Regierung Preußens befehdet, weil sie dieselbe nicht für die zeitgemäße Verwaltung hielten, welche dem Staat ihrer Hoffnung zur Durchführung einer großen Politik nöthig sei. Aber sie sind für jeden, welcher unbefangen ihre Haltung beurtheilte, immer gut preussisch gewesen. Und wenn sie das Angenehme der bestehenden Staatsleitung vorstellten, so haben sie nicht verfehlt, auf die unveränderliche Bedeutung des Staates für Deutschland hinzuweisen, das, was ihnen gesund und tüchtig erschien, zu würdigen, von der Gegenwart auf die Zukunft zu vertrösten. Ja noch mehr, sie haben in allen Fragen, bei denen ihre Ueberzeugung ihnen dies möglich machte, auch solche Interessen Preußens, welche das Ministerium zu den seinen gemacht hat, verfochten. Sie sind energische Streiter für den Handelsvertrag mit Frankreich, für eine Verjüngung des Zollvereins im preussischen Interesse, sie sind rastlose Gegner der würzburger Politik und der Uebergriffe Oestreichs. Sie sind für diese Lebensfragen des preussischen Staates in Süddeutschland, etwa Baden ausgenommen, fast die einzigen Vertreter Preußens. Und doch verboten. Jeder Freund

Preußens muß beiden Blättern Gedeihen, Stärkung, Förderung wünschen. Die Regierung aber weiß diesen Vertretern ihrer wichtigsten Staatsinteressen gegenüber nichts Besseres zu thun, als sie feindlich aus den Grenzen ihres Staates zu bannen. Dafür wahrlich, gibt es keine Entschuldigung! Denn es ist zwar begreiflich, daß eine Regierung sich selbst die beste Einsicht und den höchsten Patriotismus zutraut, es ist deshalb selbstverständlich, daß sie ohne Wohlwollen auf diejenigen blickt, welche ihr diese Eigenschaften bestreiten, aber es ist kein Zeichen eines festen und patriotischen Urtheils, wenn ein Ministerium den Patriotismus Anderer nur nach dem persönlichen Verhältniß schätzt, in welche sich diese Anderen zu ihm stellen und wenn es gar ein offenes und unlängbares Interesse seines Staates dem Interesse für die eigene Existenz unterordnet.

Wenn die preußische Regierung bei diesem Verbot die Absicht hatte, dem Nationalverein ein memento mori zuzurufen, so hat sie ihren Zweck verfehlt. Und wenn sie gar die Ansicht hegen sollte, diesem Verbot der Zeitungen ein Verbot des Nationalvereins selbst folgen zu lassen, so würde eine solche Maßregel nicht nur auf sie selbst, sondern auch auf preußische Verhältnisse widerwärtig zurückwirken. Die Theilnahme am Nationalverein ist nicht mehr zu verhindern, die Form ist so einfach, kann so leicht jedem Gesetz angepaßt werden, die Ideen sind so populär, daß ihre Ausbreitung in Preußen und die Vereinigung der Preußen für die Zwecke des Vereins durch kein Verbot gestört werden kann.

Wenn aber der Regierung wirklich gelänge, eine offene und loyale Vereinigung kräftiger und gemäßigter Männer zu dämpfen, so würde diese Maßregel nur der Anfang geheimer Gesellschaften werden, und das Ministerium Bismarck würde die neue Verantwortung auf sich laden, Verhältnisse, wie sie zu Zeiten in Frankreich, Italien, in dem befreundeten Rußland ausgebildet worden sind, auch in dem ehrlichen preußischen Volke hervorzurufen.

Für uns ist der Nationalverein schon in seiner gegenwärtigen Ausdehnung ein Damm, welcher die Fluthen eines unbändigen und gestaltungsunfähigen Radicalismus vom deutschen Boden fernhält. Er ist die erste politische Vereinigung, welche die verschiedenen Stämme umfaßt, das erste Beispiel einer großen geselligen Agitation in Deutschland. In ihm hat ein beträchtlicher Theil der Demokratie einen Kampfplatz für praktische und erreichbare Ziele gefunden, er stellt die Vereinigung verschiedener liberaler Richtungen zu einer gemeinsamen Partei dar. Er ist trotz des letzten Jahres preussischer Politik in fortwährendem Wachsthum begriffen, und er wird, wenn man den Erfahrungen vertrauen darf, welche in Deutschland auf andern Gebieten geistiger Interessen gemacht worden sind, in den nächsten Jahren seine Mitglieder nach Hunderttausenden zählen können.

Und doch bedroht den Verein die gegenwärtige Ohnmacht Preußens mit einer Gefahr, welche ganz wo anders liegt als in einem möglichen Verbot. So lange zu hoffen war, daß Preußen unter König Wilhelm dem Ersten seiner deutschen Aufgabe gerecht werden würde, konnte der Nationalverein als Erwecker und Förderer eines großen deutschen Interesses, welches im Vordergrund stand, seine Mitglieder durch die Agitation für die gemeinsamen deutschen Fragen zusammenhalten, und er konnte für diese Fragen in den einzelnen Staaten einheitliche Thätigkeit entwickeln. Seit es schwierig geworden ist, den nicht preußischen Deutschen von größerer Concentration und einer deutschen Politik des größten deutschen Staates zu sprechen, ist gerade solchen, welche Freunde der preußischen Politik sein möchten, fast nur eine abwehrende Thätigkeit möglich. Die erregte Theilnahme an politischen Dingen hat sich seitdem auf die innern Angelegenheiten der einzelnen Staaten geworfen, überall bilden sich, wie zuerst in Preußen, Fortschrittsvereine, deren Aufgabe ist, in den einzelnen Staaten die ungenügenden, mit den Zielen des Nationalvereins unvereinbaren Verhältnisse durch gesetzliche Agitation zu reformiren.

Diese Vereine entstehen allerdings im Anschluß und als Ergänzung des Nationalvereins, ihre Führer gehören in der Mehrzahl zu den leitenden Mitgliedern der großen Vereinigung, auch sie sind bemüht eine Verbindung der verschiedenen liberalen Parteien ihres Landes mit Ausschluß der entschieden Großdeutschen und der radicalen Demokratie hervorzubringen. Aber ihre Zwecke sind zum Theil localer und provincieller Natur, die Führer der einzelnen Vereine sind veranlaßt, in dieser neuen Thätigkeit größere Selbständigkeit und neue Politik zu entwickeln, es ist natürlich, daß sie für ihre Landschaft eine erhöhte und selbständige Bedeutung gewinnen. Es muß ferner ihr Bestreben sein, zu Mitgliedern dieser provinciellen Vereine auch solche herbeizuziehen, welche nicht bereits Mitglieder des Nationalvereins sind, ja auch solche, welche in den Landesfragen ihre Ueberzeugung theilen, ohne in gleichem Maße für die Ziele des Nationalvereins Wärme zu empfinden. Es wird also localen Vorurtheilen, provincieller Beschränktheit hier und da mehr nachgegeben werden müssen, als dem Nationalverein selbst nöthig war.

Allerdings vermag diese erhöhte Thätigkeit der Theile und die Vertheilung des deutschen Lebens auf die innern Fragen der einzelnen Länder ein großer Zuwachs des Gesamtvereins zu werden, weil sie viele Tausende wenigstens indirect mit dem Verein verbindet. Sie droht auf der andern Seite aber auch den Zusammenhang der nationalen Partei zu lockern und durch die Einführung abweichender Ansichten Einheit und planvolles Vorschreiten des Gesamtvereins zu erschweren. Die Gefahr würde groß sein, wenn nicht gerade die Weitersehenden überall auf deutscher Erde lebhaft die Schwäche und das Ungenügende der innern Verhältnisse empfänden, und schon dadurch auf den

engeren Anschluß an die Gesinnungsgenossen in andern Staaten hingewiesen würden. Denn von allen Mittelstaaten ist nur Baden in der glücklichen Lage, daß die Regierung selbst, was die Fortschrittsvereine zu erstreben haben, reichlich, vollständig und mit reformatorischer Entschlossenheit schafft. In den übrigen Staaten wird der Zusammenschluß mit Gleichgesinnten außerhalb des Staatskörpers vorläufig als beste Förderung für die eigenen Angelegenheiten begriffen. Obgleich also die Schwierigkeiten dieser neuen Entwicklung des Nationalvereins keineswegs unüberwindliche sind, so werden sie doch die ganze bewährte Umsicht und Arbeitskraft seiner obersten Leiter in Anspruch nehmen und die Persönlichkeit Benningsens, eine seltene und vortreffliche Mischung von überlegter Ruhe und rücksichtsloser Energie, erhält in dieser Lage erhöhte Wichtigkeit und neue Aufgaben.

Unterdeß hat die steigende Bewegung im Volke, wie zu erwarten war, auch die Anfänge einer radicalen Partei heraufgezogen, welche im preußischen Abgeordnetenhaus einen Gegensatz gegen die Majorität der liberalen Fractionen darstellte und in bewegten Arbeiterversammlungen das allgemeine Wahlrecht und einen Staat, der zugleich Arbeitsgeber sei, forderte.

Was die Arbeiterversammlungen beschäftigte, alte Forderungen des Jahres 1848, das zeigt besonders eindringlich, wie groß der Fortschritt ist, den unser öffentliches Leben seit funfzehn Jahren gemacht hat. Es ist gar nicht zu verwundern, wenn in dieser Zeit großer Mißstimmung einem Agitator gelang, die arbeitenden Classen durch socialistische Ideen zu erregen. Wie gründlich auch jene Lehre durch erprobte Sätze der Nationalökonomie und stärkeren Pulsschlag des Verkehrslebens widerlegt worden ist, sie wird wie ein Gespenst in ähnlichen Zeitlagen noch mehr als einmal die Unwissenden verwirren, die Aengstlichen erschrecken. Aber während vor funfzehn Jahren der Widerstand der Verständigen dagegen unsicher und zögernd war, und die Furcht vor dem Socialismus mehr als etwas Anderes die folgende Reaction gestützt hat, werden jetzt die entsprechenden Versuche durch die Männer der liberalen Partei selbst auf dialectischem Wege, in Volksversammlungen und durch die Presse bekämpft. Die Führer der liberalen Opposition sind zu gleicher Zeit die kräftigsten Streiter gegen das Schmarogergewächs einer falschen „Freiheit“. Und obgleich man die Wichtigkeit des Streites und die Gefahren einer Verbildung der arbeitenden Classen gegenwärtig nicht unterschätzt, so ist doch das Vertrauen zu der Macht des gesunden Menschenverstandes allgemein; und der Kampf gegen die socialistischen Neigungen wird durch die besonnene Majorität der Arbeiter unterstützt.

Ob im preußischen Abgeordnetenhaus das erhöhte Selbstgefühl der Radicalen eine Trennung der Opposition herbeiführen wird, ist noch nicht entschieden. Diese Trennung, einst unvermeidlich, wäre jetzt die größte Gefahr

für die liberale Partei, und diese Stimmung ist die herrschende. Es ist eine besonders erfreuliche Thatsache, daß dasselbe Mitglied des Hauses, welches die Arbeiterbewegung gescheidt, ehrlich, energisch und versöhnlich zu beherrschen weiß, auch der drohenden Trennung seiner Partei mit Selbstverläugnung und Festigkeit entgegenarbeitet.

Ueberhaupt ist jetzt nicht von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob die Taktik des Hauses in Behandlung der Militärnovelle dem Ministerium gegenüber die zweckmäßigste war. Das Zweifelhafte hierbei ist gar nicht, ob Forckenbeck's Anträge, ob Waldeck's Resolutionen die besseren seien. Wenn zwischen beiden gewählt werden soll, hat der Antrag Forckenbeck's jedenfalls den großen Vorzug, daß er den militärischen Bedürfnissen des preußischen Staates am besten entspricht. Aber schon vor Beginn der Commissionssitzungen über die Militärnovelle waren die Gefahren sichtbar, welche jede Behandlung technischer Verhältnisse durch eine nicht vorzugsweise aus Technikern bestehende Versammlung darbietet: Zersplitterung der Ansichten, hartnäckiges Besserwissen Einzelner, dem Ministerium gegenüber ein Kampf auf nicht durchweg günstigem Terrain, dazu in diesem Fall langes Hinziehen der Entscheidung. Nach der Polendebatte war das Haus in der Lage, sich durch eine schnelle Aufeinanderfolge von kraftvollen Angriffen, die mit Würde und Festigkeit geführt wurden, im Vortheil zu erhalten und die Kampf Stimmung so weit zu steigern, daß das Ministerium zu einem entschiedenen Schritte gegen das Haus oder gegen die Verfassung gedrängt wurde. Diese Taktik war durch die außerordentliche Lage des Hauses zu der Staatsregierung geboten, sie war unvermeidlich, und nicht die Volksvertretung trifft die Schuld, daß sie dazu gezwungen ist. Wahrscheinlich wäre das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, schnell berathen, energisch im Hause verfochten, besser zu einem großen Schluß der gegenwärtigen Sitzung geeignet gewesen, als die Militärfrage; denn die Verhandlung darüber bot jede Gelegenheit, das Unverträgliche des Gegensatzes zwischen Ministerium und Volksvertretung vor Aller Augen zu legen. Und bei der täglich wachsenden oppositionellen Stimmung des preußischen Volkes war das Abgeordnetenhaus in jeder Frage, bei welcher dasselbe stolze Haltung, Festigkeit und Kraft bewährt, der wärmsten Zustimmung sicher. Dem Ministerium, wie den Vertretern des Volkes ist jetzt, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Ueberzeugung gekommen, daß die Krisis dieser Session nicht mehr lange hinauszuschieben ist. Nun liegt es aber in der Hand des Abgeordnetenhauses ebensogut, wie in der Gewalt der Regierung, den Moment seiner Auflösung zu wählen. Allerdings nur durch einen starken Zwang, welchen es seinen Gegnern auflegt. — Aber das Haus wird dafür sorgen, daß nicht in ärgerlichem Gezänk, wie bei der schleswigschen Debatte, das Unvermeidliche gethan werde, sondern daß die Haltung des Hauses und jedes hervortretenden Mitgliedes der Bedeutung dieses folgenschweren Actes entspreche. ♀